GEMEINDE GRASBERG LANDKREIS OSTERHOLZ

2. Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausfallund Auslagenentschädigung für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Grasberg

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. Juni 1982 (Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 256) zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. März 1999 (Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 74) hat der Rat der Gemeinde Grasberg in seiner Sitzung am 05. Dezember 2000 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. Gemeindebrandmeister

Erstattungsbetrag (inklusive Fahrkostenpauschale)

DM 260.--

2. Vertretung des Gemeindebrandmeisters

Der ständige Vertreter des Gemeindebrandmeisters erhält für seine ehrenamtliche Tätigkeit 50 % der Aufwandsentschädigung des Gemeindebrandmeisters.

3. Ortsbrandmeister

a)	Stützpunktfeuerwehr mit bes. Aufgaben	DM	150,
b)	Stützpunktfeuerwehr	DM	125,
c)	Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung	DM	105,

Diese Entschädigungssätze beinhalten Fahrt- und Reisekosten innerhalb des Gemeindegebietes.

4. Vertreter der Ortsbrandmeister

a)	Stützpunktfeuerwehr mit bes. Aufgaben	DM	50,
b)	Stützpunktfeuerwehr	DM	40,
c)	Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung	DM	35,

§ 2

§ 4 wird wie folgt geändert:

Aufwandsentschädigung der sonstigen Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr

Als sonstige ehrenamtliche Funktionsträger der Freiwilligen Feuerwehr erhalten

1.	Gemeindesicherheitsbeauftragter	DM	55,
2.	Gemeindejugendfeuerwehrwart	DM	70,
3.	Schriftführer der Freiwilligen Feuerwehr	DM	40,
4.	Gemeindefunkwart	DM	35

5. Gerätewart

6.

a)	Stützpunktfeuerwehr mit bes. Aufgaben	DM	20, / pro Fahrzeug
b)	Stützpunktfeuerwehr		20, / pro Fahrzeug
c)	Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung		20, / pro Fahrzeug
Gemeindeatemschutzwart		DM	35

als monatliche Aufwandsentschädigung.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem 01. Januar 2001 in Kraft.

Grasberg, den 18.12.2000

(Blanke) Bürgermeister

